ZUR REFORM DES JAPANISCHEN WAHLSYSTEMS

Von

JOHJI TAGAMI* PAUL KEVENHÖRSTER**

Ein Vorschlag, der eine Reform des japanischen Wahlsystems zum Inhalt hat, setzt zunächst die Kenntnis derjenigen Wirkungen voraus, die das gegenwärtige Wahlverfahren auf die Struktur und Stellung der japanischen Parteien ausübt. Darüberhinaus ist eine Stellungnahme zu den Reformplänen erforderlich, die der Forschungsausschuss zur Reform des Wahlsystems in jüngster Zeit der japanischen Öffentlichkeit unterbreitet hat.

I. *Wirkungen des gegenwärtigen Wahlsystems*

1. Negative Wirkungen

a) Im Rahmen eines Systems der unübertragbaren Einzelstimmgebung in Mehrerwahlkreisen, das zur Zeit in den Unterhaus- und Oberhauswahlen angewandt wird, sind die für die einzelnen Kandidaten und nicht die für die politischen Parteien abgegebenen Stimmen für den Wahlausgang entscheidend. Jeder Bewerber muss daher den Wahlkampf mit seiner eigenen Wahlkampforganisation gegen alle anderen Kandidaten—auch seiner eigenen Partei—führen.

b) Durch die Vorbereitungen und die Nachwirkungen des Wahlkampfes, den die verschiedenen Kandidaten einer Partei gegeneinander führen, werden neue Gegensätze innerhalb der Partei geschaffen und schon bestehende Konflikte zwischen den Parteiflügeln verschärft. Daher verursachen die Mehrerwahlkreise einen "Faktionalismus", d.h. die Bildung sich feindlich gegenüberstehenden Faktionen (Habatsu) in den grösseren Parteien. Die Struktur der Liberaldemokratischen Partei und der Sozialistischen Partei ist ein besonders deutliches Zeugnis für diese Wirkung des Wahlsystems.

c) Zu dieser desintegrierenden kommt eine korrumpierende Wirkung des Wahlsystems, da der einzelne Kandidat im Mehrerwahlkreis während des Wahlkampfes und der Wahlkampf vorbereitung einen sehr hohen Finanzbedarf hat, von der Parteiorganisation aber nicht geschlossen unterstützt wird und daher auf andere Geldgeber angewiesen ist. Hier sind vor allem die Unterstützungsvereine, die "einflussreichen Persönlichkeiten" (Bosse) und die Finanzierungsorganisationen der Faktionen zu erwähnen, die durch ihre blosse Existenz eine ständige Herausforderung für den Zusammenhalt der Gesamtpartei darstellen.

d) Ferner begünstigen die Mehrerwahlkreise im Vergleich zu Einerwahlkreisen kleinere

* Professor (*Kyōju*) für Öffentliches Recht.

** Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft der Universität zu Köln.

Parteien, die in jedem Wahlkreis nur mit dem Erfolg eines Kandidaten rechnen können. In diesem Fall brauchen diese Parteien nur ihren populärsten Bewerber zu ermitteln und die gesamte Wahlpropaganda auf ihn abzustellen.

e) Wenn die grossen Parteien eine zu hohe Zahl von Kandidaten nominieren, laufen sie Gefahr, ihr Stimmenpotential zu zersplittern und deshalb die Wahlniederlage vieler Bewerber hinnehmen zu müssen. Bei einer zu geringen Zahl von Kandidaten dagegen wird der Wahlsieg der Partei von vornherein fragwürdig. Somit hängt der Erfolg einer Partei in hohem Masse davon ab, ob es ihr gelingt, die richtige Zahl von Kandidaten aufzustellen.

f) Aufgrund einer veralteten Wahlkreiseinteilung, die 1950 dem Resultat der Volkszählung von 1946 und damit der Bevölkerungszusammensetzung vom 1. November 1945 entsprechend eingeführt worden war, erschwerte das Wahlsystem einen Machtwechsel, da es grössere Mandatsgewinne der Shakaito von überproportionalen Stimmengewinnen abhängig machte. Denn seit 1945 hatte die Bevölkerung in den Städten, in denen der Stimmenanteil der Sozialisten relativ hoch ist, besonders stark zugenommen. Daher war die Wahlkreiseinteilung nur noch ein Zerrbild der zahlenmässigen Zusammensetzung der Wählerschaft und verhinderte eine angemessene parlamentarische Vertretung der Sozialisten. Das Gesetz Nr. 132 vom 2. Juli 1964 hat die hervorstechendsten Abweichungen der Mandatszahl von der Bevölkerungsentwicklung in grossstädtischen Wahlkreisen beseitigt.

g) Da die Parteien für einen Wahlerfolg in einem Wahlkreis nicht die Hälfte, sondern nur etwa 15%—25% und häufig einen noch geringeren Anteil an den abgegeben gültigen Stimmen benötigen, brauchen sie dem Willen der Wählermehrheit nicht in dem Masse Rechnung zu tragen wie eine politische Partei unter den Bedingungen der relativen Mehrheitswahl. Hierdurch wird aber wiederum eine Konsensbildung in den Grundfragen der Politik (Aussenpolitik, Verfassungsrevision etc.) wesentlich erschwert.

2. Potentielle Vorteile

a) Um in den Mehrwahlkreisen wenigstens ein Mandat zu erringen, muss eine Partei etwa 10%—25% der gültigen Stimmen erhalten, wobei der genaue Prozentsatz von der Grösse des Wahlkreises und dem Grad der Stimmenkonzentration abhängt. Diese faktische Sperrklausel verhindert eine weitgehende Parteienzersplitterung und die ungehemmte Gründung kleiner, extremer Splitterparteien mit nennenswerten Erfolgsaussichten in den Unterhauswahlen. Gegenüber den sehr grossen Wahlkreisen in den ersten beiden Nachkriegsjahren stellt das gegenwärtige Wahlsystem also einen gewissen Fortschritt dar, zumal die grösseren Parteien in fast allen Wahlkreisen vertreten sind.

b) Vielfach wird auch zugunsten der Mehrwahlkreise angeführt, dass sie die Wahl hervorragender Persönlichkeiten ermöglichen. Insbesondere dem Reichswahlkreis (national constituency) wird eine derartige Wirkung zugeschrieben. Tatsächlich hat sich aber dieser Reichswahlkreis so ausgewirkt, dass das Auftreten kleinerer Parteien gefördert wird, die Wahlkampfausgaben für den einzelnen Abgeordneten sehr hoch sind und dass grosse Interessenverbände wie beispielsweise die Gewerkschaften eigene Kandidaten aufstellen und diese besser unterstützen können als in den Wahlkreisen der Präfektoren.

Welche Vorteile kleinere Parteien aus dem Reichswahlkreis ziehen, lässt sich daran ablesen, dass die kleinen Parteien (d.h. alle Parteien ausser Liberaldemokraten und Sozialisten) in den Oberhauswahlen 1959 in den Präfekturwahlkreisen insgesamt fünf Sitze eroberten, im Reichswahlkreis dagegen 13. In den Oberhauswahlen 1962 errangen sie im Reichswahlkreis 15

Mandate, in den Präfekturwahlkreisen dagegen nur 6. Bei den beiden grossen Parteien war das Zahlenverhältnis genau umgekehrt. Da der absolute und prozentuale Unterschied zwischen den im Reichswahlkreis und den in den örtlichen Wahlkreisen errungenen Mandaten bei den Liberaldemokraten generell noch grösser ist als bei den Sozialisten, scheint der Nutzen, den eine Partei aus dem Reichswahlkreis zieht, umso grösser zu sein, je kleiner sie ist.

Diese dynamischen Wirkungen des japanischen Wahlsystems sind zu beachten, wenn man die folgenden Änderungsvorschläge beurteilen will.

II. *Die Änderungsvorschläge des vierten Forschungsausschusses zur Reform des Wahlsystems*

1. Einerwahlkreis mit Verhältniswahl

Die Mehrzahl der Mitglieder des vierten Ausschusses zur Untersuchung des Wahlsystems, der mit seinen Untersuchungen am 30. August 1965 begonnen hatte und Premierminister Eisaku Sato am 16. August 1966 einen Bericht mit drei Reformvorschlägen einreichen konnte, befürwortet ein Wahlsystem, das auf einer Kombination von Einerwahlkreisen mit einem Verhältnisausgleich beruhen soll.

Nach diesem ersten Reformvorschlag soll jede Präfektur (ken) für die Wahl von 488 Unterhausabgeordneten in Einerwahlkreise aufgeteilt werden, deren Bevölkerungszahl von einem Durchschnittsquotienten nach oben und unten um nicht mehr als 33% abweichen soll. Diesen Quotienten erhält man, indem man die Bevölkerungszahl der Präfektur durch die jeweilige Zahl der Mandate dividiert. 70% aller Abgeordneten sollen in Einerwahlkreisen gewählt werden. Die restlichen Mandate werden in jeder Präfektur nach den Stimmenanteilen der Parteien in einem Verhältnisausgleich auf die übrigen Kandidaten, die von den Parteien auf einer Liste nominiert worden sind, verteilt, und zwar nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt. Jeder Wahlkreisbewerber kann gleichzeitig auch als Kandidat auf der Liste aufgestellt werden. "Unabhängige" Bewerber können allerdings nur in den Wahlkreisen kandidieren. Jeder Wähler hat nur eine Stimme und wählt, indem er auf dem Stimmzettel, der die Namen aller Kandidaten unter Angabe ihrer Parteizugehörigkeit enthält, den von ihm bevorzugten Bewerber mit einem Zeichen (Kreis) markiert. Hat eine Partei in den Wahlkreisen der Präfektur mehr Mandate gewonnen, als es ihrem Stimmenanteil entspricht, so werden ihr diese Überhangmandate im späteren Verhältnisausgleich nicht abgezogen. Voraussetzung für den Wahlerfolg einer Partei ist allerdings, dass ihre Kandidaten mindestens fünf Prozent der in der Präfektur abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Nicht nur diese Fünf-Prozent-Klausel, sondern auch die Tatsache, dass letztlich doch der verhältnismässige Stimmenanteil der Parteien für den Wahlausgang entscheidend ist, zeigen deutlich, dass sich die Mehrheit der Ausschussmitglieder bei ihren Beratungen von dem—freilich fragwürdigen—"Vorbild" des deutschen Wahlsystems leiten liess. Dennoch weist dieser Reformvorschlag gegenüber dem zur Zeit geltenden Wahlsystem einige Verbesserungen auf.

Da die Wahlkämpfe in Einerwahlkreisen durchgeführt werden würden, entfielen ein wesentlicher Anreiz zur Bildung von Faktionen in den grösseren Parteien. Organisation und Mitgliederschaft dieser Parteien müssten vielmehr den jeweiligen Kandidaten ihrer Partei im Wahlkreis geschlossen unterstützen. Diese Art der Wahlkampfführung könnte aber nicht ohne Auswirkungen auf die politische Willensbildung innerhalb der Parteien bleiben, da die Faktionen

ihre unterschiedlichen Auffassungen im Wahlkampf innerhalb eines Wahlkreises nicht mehr offen artikulieren könnten, sondern sich um eine Angleichung ihrer politischen Konzeptionen bemühen müssten. Die Einerwahlkreise würden also eine innerparteiliche Integration fördern.

Da sich in den Einerwahlkreisen im allgemeinen ein sozialistischer und ein liberaldemokratischer Kandidat gegenüberstehen würden und nur zwei Bewerber eine reelle Chance besäßen, gewählt zu werden, würde auch eine zwischenparteiliche Integration, d.h. eine Annäherung zwischen den beiden grossen japanischen Parteien in den Hauptfragen der Politik, und damit eine Konzentration des gesamten Parteiensystems gefördert.

Aber dieser Konzentrationseffekt wird wieder teilweise zunichte gemacht durch den Verhältnisausgleich auf Präfektorebene. Stimmen die Wähler für die Kandidaten kleinerer Parteien, so brauchen sie trotz der Wahlniederlage dieser Bewerber in den Einerwahlkreisen nicht befürchten, dass ihre Wahlentscheidung wirkungslos bleibt, da ihre Stimmen den Listenkandidaten der Splitterparteien zu einem Mandat verhelfen können.

Bei einer grösseren Zahl sozialer Konflikte und der damit verbundenen höheren sozialen Heterogenität der japanischen Gesellschaft (beispielsweise infolge einer Wirtschaftskrise) würde also auch dieses Wahlsystem eine Parteienzersplitterung, eine Desintegration des Parteiensystems und damit ein Vielparteiensystem ermöglichen. Ein Vielparteiensystem würde die Handlungsfähigkeit der Regierung erheblich beeinträchtigen und daher die Lösung der aktuellen politischen Probleme erschweren, wie die ersten Nachkriegsregierungen in Japan anschaulich gezeigt haben.

So positiv die qualitativen Wirkungen dieses Wahlsystems auf die Struktur der grösseren Parteien (Erschwerung der Bildung von Faktionen) auch eingeschätzt werden mögen, so negativ müssen die potentiellen quantitativen Wirkungen auf das Parteiensystem jedoch beurteilt werden. Die Fünf-Prozent-Klausel könnte zwar im Anfangsstadium die Bildung von extremen Splitterparteien erschweren, unter Krisenbedingungen aber dennoch eine Desintegration des Parteiensystems nicht verhindern. Diese Sperrklausel ist im übrigen sogar noch niedriger als die effektive Sperrklausel des gegenwärtigen Wahlsystems (siehe oben). Ausserdem würde die Anwendung dieses Wahlsystems den sozialistischen Anteil an den Unterhausmandaten kurzfristig erheblich verringern, dadurch Frustrationserscheinungen auf Seiten der sozialistischen Opposition auslösen und die Polarisierung des Parteiensystems vertiefen.

Somit erfüllt der erste Reformvorschlag der Wahlkommission zwar die qualitativen, nicht aber die quantitativen Anforderungen, die an ein mehrheitsbildendes, integrierendes Wahlsystem zu stellen sind.

2. Relative Mehrheitswahl

Der zweite Vorschlag des Wahlausschusses, der freilich nur von einer Minderheit der Mitglieder befürwortet und dessen Anwendung von der Mehrheit als verfrüht angesehen worden ist, sieht die Übernahme des englischen Wahlsystems, also der relativen Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen, vor. Hierbei soll eine japanische "Boundary Commission" der Regierung regelmässig Vorschläge unterbreiten, wie die Wahlkreiseinteilung der Bevölkerungsentwicklung angepasst werden kann.

Obgleich die Anwendung dieses Wahlverfahrens eine innerparteiliche Integration bewirken und eine langfristige Konzentration des Parteiensystems institutionell sichern würde, so dass die Entwicklung eines japanischen Zweiparteiensystems wahrscheinlich wäre, ergäben sich bei einer Übernahme dieses Wahlsystems ohne jegliche Modifikationen zwei wesentliche Nachteile

für das japanische Parteiensystem:

a) Wie die Untersuchungen des sozialistischen Unterhausabgeordneten Shimagami ergeben haben, die dieser in sieben Präfekturen (Tokyo, Osaka, Kyoto, Hyogo, Okayama, Yamaguchi, Aomori und Akita) auf der Basis von 125 Einerwahlkreisen durchgeführt hat, würde sich die Zahl der sozialistischen Mandate (Sozialistische Partei und Demokratisch-Sozialistische Partei) in diesen Präfekturen von 53 auf 37 vermindern, wobei das Wahlergebnis der Unterhauswahlen 1963 zugrundegelegt worden ist. Diesem Verlust von sechzehn Mandaten steht ein Gewinn von 22 zusätzlichen Unterhausitzen durch die Liberaldemokratische Partei gegenüber, die in diesen Wahlkreisen 74 statt bisher 52 Abgeordnete stellen würde. Da die von Shimagami untersuchten Präfekturen die unterschiedlichsten Sozialstrukturen aufweisen und in ihrer Verteilung auf grossstädtische, städtische, städtischländliche und ländliche Gebiete der tatsächlichen Bevölkerungsgruppierung weitgehend entsprechen, dürfte das Untersuchungsergebnis für ganz Japan annähernd repräsentativ sein.

Unrealistisch sind aber die Hypothesen über das Wählerverhalten, die der Analyse Shimagamis zugrundeliegen. Shimagami geht nämlich stillschweigend davon aus, dass eine Änderung des Wahlsystems das Verhalten der Wähler nicht oder nicht nennenswert beeinflusst. Diese Hypothese widerspricht jedoch den Erkenntnissen der Lerntheorie, nach der die institutionellen Faktoren der Wahl—insbesondere das Wahlsystem—einen Teil des Bezugsrahmens der Wähler bilden, an dem diese ihre Wahlentscheidung zumindest langfristig orientieren. Unter den institutionellen Bedingungen der relativen Mehrheitwahl in Einerwahlkreisen würden die Wähler also im Laufe der Zeit "lernen", dass eine Stimmabgabe für diejenigen Parteien, die aufgrund ihrer extremen politischen Auffassungen keine ernsthaften Erfolgsaussichten im Einerwahlkreis besitzen, ohne jede Wirkung bleibt. Diese Erfahrungstatsache wird die Wählerstimmen zu den beiden führenden Parteien lenken, deren Kandidaten allein mit einem Wahlsieg in Einerwahlkreisen rechnen können.

Unter diesen Voraussetzungen erscheint die Annahme berechtigt, dass die Mehrzahl der Wähler der Demokratisch-Sozialistischen Partei, der Kommunistischen Partei und auch ein grosser Teil der Wähler der Komeito langfristig zur Sozialistischen Partei übergehen würde. Die Erfolgsaussichten der Shakaito und, damit unmittelbar zusammenhängend, die Möglichkeit eines Machtwechsels wären also bei einer Einführung des englischen Wahlsystems langfristig grösser als unter den Bedingungen des jetzigen Wahlverfahrens. Allerdings ist nicht von der Hand zu weisen—und in diesem Punkt ist dem Untersuchungsergebnis Shimagamis uneingeschränkt zuzustimmen—, dass die Shakaito kurzfristig gegenüber der Regierungspartei benachteiligt würde, da die Anpassung des Wählerverhaltens an die neuen institutionellen Rahmenbedingungen einige Zeit in Anspruch nehmen und daher eher langfristig als kurzfristig erfolgen würde. Diese Benachteiligung der Sozialisten lässt sich aber mit einigen institutionellen Sicherungen beseitigen, die im folgenden aufgezeigt werden sollen.

b) Der zweite Vorschlag des Wahlausschusses würde ferner die Entscheidungsbefugnis über die Angleichung der Wahlkreiseinteilung an veränderte Bevölkerungs- und Wählerstrukturen in den Händen der Regierung lassen, da die "boundary commissions" nur Beratungsfunktionen ausüben sollen. Hierin aber liegt eine gewisse Gefahr, nämlich die Möglichkeit der Wahlkreisgeometrie (gerrymandering), denn Regierungsmehrheit im Parlament und Regierung werden sich wie auch in den letzten beiden Jahrzehnten sehr wenig um eine Änderung der Wahlkreiseinteilung zu ihren Ungunsten bemühen. Es empfiehlt sich daher, die unterschiedliche Grösse der Wahlkreise durch Listenmandate auszugleichen, die aber die übrigen

Wirkungen der relativen Mehrheitswahl nicht zu beeinträchtigen brauchen.

3. Mehrerwahlkreise mit mehrfacher, unübertragbarer Stimmgebung

Der dritte Reformvorschlag des Wahlausschusses, der von der Minderheit derjenigen Ausschussmitglieder befürwortet worden ist, die den Oppositionsparteien nahestehen, sieht ein System von Mehrerwahlkreisen vor, in denen jeweils drei bis fünf Mandate vergeben werden. Im Unterschied zu dem gegenwärtigen japanischen Wahlsystem jedoch soll jeder Wähler zwei Stimmen haben. Gibt er diese einem Kandidaten, so gelten sie als eine Stimme, wählt er zwei verschiedene Bewerber, zählt jede Stimme ebenfalls vollwertig. Die für einen oder zwei Kandidaten abgegebenen Stimmen können den anderen Bewerbern der gleichen Partei nicht angerechnet werden, sind also unübertragbar.

Wie leicht einzusehen ist, würde die Anwendung dieses Wahlverfahrens die Bildung von Faktionen auch weiterhin ermutigen, da das System der Mehrerwahlkreise beibehalten würde. Darüberhinaus würde es eine Zersplitterung der Parteien fördern und die Erfolgsaussichten von Splitterparteien erhöhen, denn auch die Wähler der grossen Parteien könnten jetzt *g l e i c h z e i t i g* die Kandidaten kleinerer Parteien wählen, ohne befürchten zu müssen, dass ihr Wahlentscheid wirkungslos wäre. Eine Desintegration des Parteiensystems wäre die Folge.

Dieses Wahlsystem würde sich daher qualitativ auf die Parteien *s t r u k t u r* und quantitativ auf das Parteien *s y s t e m* negativ auswirken und ist daher völlig ungeeignet, die Probleme der japanischen Politik zu lösen oder doch wenigstens zu ihrer Lösung beizutragen.

Welche systematischen Schlussfolgerungen sind nun aus dieser Kritik der drei Reformpläne des Wahlausschusses zu ziehen?

III. *Konsequenzen für ein stabilisierendes Wahlsystem*

1. Einerwahlkreis

Wie die Kritik an den Vorschlägen des Wahlausschusses und an den Wirkungen des jetzigen japanischen Wahlsystems gezeigt hat, sollte eine Reform dieses Wahlverfahrens eine Verkleinerung der Wahlkreise zum Ziel haben. Denn nur Einerwahlkreise sind geeignet, die parteiinternen Gegensätze zwischen den Faktionen zu entschärfen, eine grössere innerparteiliche Homogenität zu ermöglichen, den Finanzbedarf der einzelnen Kandidaten bei der Wahlkampf-führung herabzusetzen, die Kandidatenaufstellung durch die Parteien zu erleichtern und die Handlungsfähigkeit der beiden grossen japanischen Parteien zu steigern.

In jedem Einerwahlkreis haben nur zwei Parteien reale Erfolgchancen, so dass auf kleinere Parteien ein starker Druck zum Zusammenschluss oder zum Anschluss an eine der beiden führenden Parteien ausgeübt wird. Bei einer gleichmässigen Verteilung sozialer Gruppen über das ganze Staatsgebiet, in Japan bedingt durch eine zunehmende vertikale und horizontale soziale Mobilität, ist ein Trend zu einem Zwei-Parteien-System oder doch zumindest zu einem Zwei-Kräfte-System die Folge.

Wer schon das gegenwärtige japanische Parteiensystem als ein "Zwei-Parteien-System" bezeichnet, sollte beachten, dass ein Zwei-Parteien-System im Sinne eines alternierenden Regierungssystems, wie es sich in England entwickelt hat, eine "Chance des Machtwechsels"

voraussetzt, die in Japan bisher nicht gegeben war. Zutreffender dürfte es indessen sein, das japanische Parteiensystem mit Scalapino und Masumi als "Einenhalbparteiensystem" zu bezeichnen.

Da aber die Möglichkeit eines Machtwechsels für eine Demokratie wesentlich ist, solange diese Chance die Regierung zur Mässigung und zur Leistungssteigerung anspornen soll, und die Abberufung der verantwortlichen Regierung das wirksamste Sanktionsmittel des Parlaments gegenüber der politischen Führung darstellt, sollten nach Möglichkeit institutionelle Sicherungen in das Wahlsystem eingebaut werden, die eine bestimmte Mindeststärke der Oppositionspartei garantieren, ohne die positiven Wirkungen der Einerwahlkreise ausser Kraft zu setzen. Im folgenden werden daher drei Verfahren aufgezeigt, die dieser Notwendigkeit einer starken parlamentarischen Opposition Rechnung tragen sollen.

2. Minderheiten-Quorum und Ergänzungslisten

a) Minderheiten-Quorum

Diese Art der Minderheitsvertretung soll es der Sozialistischen Partei ermöglichen, auch in überwiegend liberaldemokratischen Wahlkreisen, also vor allem in den ländlichen Gebieten, Mandate zu erringen, während die Liberaldemokraten auch in den sozialistisch wählenden Grossstadtwahlkreisen durch Abgeordnete vertreten sein sollen.

Zu diesem Zweck wird eine Gruppe von Wahlkreisen zu einem Wahldistrikt zusammengefasst. Wenn die jetzige Zahl der Unterhausabgeordneten nicht erhöht werden soll, würde es sich empfehlen, jede Präfektur in acht Einerwahlkreise aufzuteilen, die zusammen einen Wahldistrikt bilden. Dieser Wahldistrikt wäre also mit der betreffenden Präfektur identisch.

Da jeder Wähler nur eine Stimme hat, erfolgt die Wahl in einem Wahlgang. In den acht Einerwahlkreisen entscheidet die relative Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen. Weiterhin werden in jedem Wahldistrikt, also in jeder Präfektur, zwei weitere Mandate als Minderheitsmandate nach dem Höchstzahlenverfahren d'Hondt vergeben. Diese beiden Minderheitsmandate der Präfektur fallen den beiden Kandidaten zu, die in ihren Wahlkreisen zwar keine relative Stimmenmehrheit auf sich vereinigen konnten, die aber gegenüber allen anderen, in den Wahlkreisen erfolglosen Bewerbern die höchste Stimmenzahl auf weisen.

Selbst wenn die Liberaldemokratische Partei in einem ländlichen Wahldistrikt so stark sein sollte, dass ihr aufgrund ihres ausserordentlich hohen Stimmenanteils nicht nur die Wahlkreismandate, sondern auch die Minderheitsmandate nach dem d'Hondtschen Verfahren eigentlich zufallen müssten, kann sie diese beiden Mandate deswegen nicht erringen, weil sie keine erfolglosen Kandidaten vorweisen kann.

Diese allein kommen aber für die Minderheitsmandate in Frage. Somit werden die beiden Minderheitsmandate in diesem Falle den beiden erfolgreichsten Kandidaten der zweitstärksten Partei zugeteilt. Selbst unter diesen extrem ungünstigen Bedingungen würden die Sozialisten also in den Wahldistrikten mindestens zwei Mandate erhalten. Jeder Wahldistrikt würde daher Abgeordnete der Oppositionspartei(en) in das Parlament entsenden. Hierdurch würde die Stellung der Opposition zahlenmässig und psychologisch gestärkt. Die integrierenden Wirkungen der Einerwahlkreise würden nicht oder nur sehr unwesentlich beeinträchtigt, da auf acht Wahlkreismandate nur zwei Minderheitsmandate entfallen.

b) Ergänzungslisten

Die Wirkungsweise der relativen Mehrheitswahl kann ferner durch Ergänzungslisten in der Weise modifiziert werden, dass die Parteien zu einer gewissen Zahl von Wahlkreismandaten

ein zusätzliches Listenmandat erhalten. Bei 500 Unterhausabgeordneten beispielsweise würden vierhundert Mandate in Einerwahlkreisen und hundert Sitze über Ergänzungslisten vergeben, so dass zu jeweils vier Wahlkreisabgeordneten ein auf der Liste nominiertes Abgeordnetes hinzutritt. Auf diesen Ergänzungslisten könnten die Parteien zum Beispiel Fachleute und Nachwuchspolitiker nominieren und einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Landesteilen herbeiführen, wenn die Mandate einer Partei sehr ungleichmässig verteilt sind. Ergänzungslisten sind ferner ein wichtiges Mittel zur Verhinderung oder Beseitigung der "Wahlkreisgeometrie". Unterschiedlich grosse Wahlkreise können nämlich in der Weise aneinander angeglichen werden, dass die bevölkerungsmässig schwachen Wahlkreise einen kleinen und die bevölkerungsmässig starken, grossstädtischen Wahlkreise einen hohen Listenanteil zugeordnet bekommen.

Da die Zahl der Listenmandate nur ein Fünftel der Gesamtzahl aller Mandate ausmacht, stellt auch dieses Verfahren die dynamischen Wirkungen der Einerwahlkreise nicht in Frage, sondern ergänzt sie nur, indem es eine bessere und faire Zusammensetzung des Parlaments ermöglicht.

3. Garantie für die parlamentarische Mindeststärke der Opposition

Auch das Minderheiten-Quorum und die Ergänzungslisten könnten jedoch nicht verhindern, dass sich die Mandatszahl der Shakaito nach der Einführung der relativen Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen erheblich vermindern würde, wie bereits dargelegt worden ist. Ursache dieser Mandatsverluste ist die Aufspaltung der Opposition in vier Parteien (Shakaito, Demokratisch-Sozialistische Partei, Kyosanto und Komeito), welche die Erfolgchancen liberaldemokratischer Kandidaten in Einerwahlkreisen zusätzlich erhöht. Diese mehr kurz als langfristige Benachteiligung der Sozialistischen Partei kann dadurch beseitigt werden, dass in das Wahlgesetz eine Bestimmung eingefügt wird, nach der die stärkste Oppositionspartei (gegenwärtig also die Shakaito) stets mindestens 40% der Unterhaussitze erhalten soll. Diese Bestimmung würde demnach eine starke parlamentarische Opposition und eine wirksame Kontrolle des Kabinetts und der Regierungsmehrheit sichern, gleichzeitig übergrosse Unterhausmehrheiten einer Partei vermeiden und der Opposition die Möglichkeit geben, Verfassungsrevisionen zu verhindern. Ausserdem würde der von den Einerwahlkreisen ausgehende Trend zu einem Zweiparteiensystem verstärkt, da kleinere Parteien niemals mehr als zehn Prozent der Unterhaussitze erhalten können, solange eine Partei eine absolute Mehrheit innehat. Die Differenz zwischen der Zahl derjenigen Mandate, die die stärkste Oppositionspartei in Wahlkreisen und Wahlbezirken errungen hat, und derjenigen Mandatszahl, die sich aus der 40%-Garantie ergibt, könnte durch Mandate aufgrund von Ergänzungslisten überbrückt werden. Dieser Reformvorschlag, der das Wahlsystem der relativen Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen mit einem Minderheiten-Quorum, Ergänzungslisten und einer 40%-Garantie für die relative Vertretung der stärksten Oppositionspartei im Parlament zu kombinieren versucht, würde sich integrierend auf die Parteienstruktur und stabilisierend auf das Parteiensystem auswirken und wäre darüberhinaus für die Liberaldemokratische Partei und die Sozialistische Partei akzeptabel: Die Einerwahlkreise würden dem Fiktionalismus der Regierungspartei und die 40%-Garantie zusammen mit dem Minderheiten-Quorum den Frustrationserscheinungen auf Seiten der Sozialistischen Partei entgegenwirken. Die sozialistische Fraktion im Unterhaus wäre sogar stärker als in den letzten zwanzig Jahren.

Eine handlungsfähige Regierungsmehrheit und eine starke parlamentarische Opposition

wären damit vom Wahlsystem her institutionell gesichert.

In allen japanischen Wahlen der Nachkriegszeit hat sich ferner gezeigt, dass die Oberhauswahlen aufgrund eines andersartigen Wahlverfahrens (Reichswahlkreis) regelmässig einen Teil des politischen Konzentrationseffektes zunichte machen, den die letzten Unterhauswahlen herbeigeführt haben. Damit das Parteiensystem sich kontinuierlich entwickeln kann und nicht in Ober- und Unterhauswahlen ständig dem Einfluss unterschiedlicher Verfassungsregeln ausgesetzt ist, sollte auch das Wahlverfahren der Oberhauswahlen geändert werden und auf den gleichen Grundlagen wie das Wahlsystem der Unterhauswahlen beruhen.

Der Reformvorschlag gilt also für beide Häuser des Parlaments, denn nur so können die Gefahren des japanischen Bikameralismus vermieden werden, denen in der Vergangenheit zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden ist.